

GEGEN ERSCHWERUNG DER VOLKSRECHTE

von Nationalrat Dr. Andreas Gerwig, Basel

Bundesrat und Parlament sind besorgt wegen der vielen Initiativen und Referenden. Das Volk sei überfordert, zuviel Demokratie sei einer echten Demokratie abträglich, fördere die Stimmabstinenz und die Abneigung des Bürgers gegenüber dem Staat. Was tun da die kluge Regierung und das in die Zukunft blickende Parlament? Ganz einfach ist die salomonische Lösung: Man erhöht die Unterschriftenzahlen für das Referendum von 30'000 auf 50'000 und diejenigen für die Initiative von 50'000 auf 100'000, in der nicht ungerechtfertigten Hoffnung, die beiden Volksrechte seien schwieriger auszuüben, die Flut werde abnehmen und die Demokratie verwesentlich. Im Dezember folgt dann die zeitliche Befristung der Unterschriftensammlung, was nach Auffassung des Bundesrates das Initiativrecht straffe.

Den echten Gründen der Verärgerung und Unzufriedenheit der Bürger wird nicht nachgegangen. Es wird äusserlich zu heilen versucht, was innerlich krank ist. Es gibt in unserem Lande in dieser schwierigen Zeit tatsächlich Bürger, die nicht mehr zum Staat halten, uninteressiert sind und sich an der Urne drücken. Demokratie ist tatsächlich nicht mehr Demokratie, wenn nur noch wenige für viele entscheiden. Aber das Mittel, das gewählt wurde, ist grundfalsch. Jene Bürger, die Initiativen ausarbeiten und einreichen, jene, die mit einem Referendum Gesetze verhindern wollen, sind aktive Bürger. Bürger, die ein klares Ziel haben und dieses Ziel meistens auch klar formulieren, politisch etwas verändern oder aus bestimmten Gründen nicht verändern wollen.

Schwierige Zeiten - kritische Bürger

Warum bestrafen wir gerade diesen Teil unseres Volkes, warum erschweren wir gerade diesen Bürgern ihr Volksrecht? Am 25. September ist über drei Initiativen abzustimmen: Eine betrifft den wirksamen Mieterschutz, die zweite die Fristenregelung und die dritte kämpft gegen die Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge. Sind das unnötige Entscheidungen über unnötige Themen? In den kritischen Jahren 1934 - 1936 wurden 13 Initiativen eingereicht, also innert dreier Jahre. In den letzten sieben Jahren waren es 34 Initiativen, also prozentual fast gleichviel. Die Zahl der Initiativen

hängt somit von der Schwierigkeit der Zeit ab. In schwierigen Zeiten gibt es eben kritische Bürger, die aufgrund ihrer Verfassung mithelfen möchten, den Staat zu verbessern. Das wollen wir im Ernst doch nicht verhindern!

Der Bürger wird durch Initiativen nicht überlastet, sondern mit nötigen Themen konfrontiert. Zwischen 1972 und 1976 hatte der Stimmbürger zu 38 Bundesvorlagen Stellung zu nehmen, darunter waren nur neun Initiativen und nur fünf Referenden, die restlichen 24 Vorlagen stammten aus der normalen Gesetzesarbeit des Parlaments.

Für Parlamentarier und Parteien sind Initiativen oft lästig, sie zwingen zu vermehrtem Tun und überlasten die Parteien tatsächlich. Aber das ist kein wesentlicher Gesichtspunkt. Für mich als Demokraten und Volksvertreter gibt es keine unnötigen Initiativen, dadurch auch keine unnötigen Belastungen, weil die Meinung des Volkes ja die Grundlage unserer politischen Arbeit sein muss.

Bestrafung der Opposition

Nationalrat Jean-François Aubert, das echt liberale Gewissen des Nationalrates, hat die Folgen der bundesrätlichen Vorlage richtig und klar erfasst, als er im Parlament sagte: "Wenn wir die Unterschriftenzahl erhöhen, dann bestrafen wir die einzig politische Opposition, die es in unserem Lande noch gibt."

Wir bestrafen nicht die grossen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die grossen Parteien - diese sind in der Lage, jede erforderliche Zahl aufzubringen - wir bestrafen die kleinen, die Schwierigkeiten haben, solche Zahlen zu erreichen. Auch eine von wenigen unterstützte Idee kann gut sein. Es ist enorm schwer, 30'000 Unterschriften zu sammeln. Es ist ebenso schwer, ob die Schweiz drei oder sechs Millionen Einwohner hat. Diejenigen, die schon gesammelt haben, wissen das genau. Die Vorlage stellt eine wesentliche Erschwerung für unorganisierte und kleine politische Gruppe dar.

In letzter Zeit sammeln sich Bürger immer wieder in Bürger-Initiativen. Sie tun dies, weil in unserem Lande keine echte Opposition besteht. Es wäre aber politisch interessanter, wenn die Opposition im Rahmen unserer verfassungsrechtlichen Möglichkeiten weiterkämpfen könnte. Die Vorlage vom 25. September erschwert dieses Kämpfen. Vielleicht gibt es andere Möglichkeiten, die Demokratie zu verwesentlichen. Vielleicht steht fest, dass dem Bürger echte Probleme gar nicht vorgelegt werden, z.B. die Frage der

Atomkraftwerke, oder aber so vorgelegt werden, dass gar keine Alternativen möglich sind. In dieser Richtung könnte die Demokratie ausgebaut werden. Denkbar ist auch die Gesetzesinitiative. Alles Fragen, die zu lösen sind. Der Bundesrat und das Parlament haben es sich zu einfach gemacht. Deshalb stimme ich gegen die Erhöhung der Unterschriftenzahlen.

* * *

EIN GEFAEHRLICHES ABLENKUNGSMANOEVER

von Ruedi Tobler, Präsident des Referendumskomitees gegen den Abbau der Volksrechte, Winterthur

Die Schweiz steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise. Das gehört mittlerweile zum Allgemeinwissen. Die Schweiz steckt aber auch in einer sich verschärfenden politischen Krise. Das ist weniger bekannt, aber nicht minder bedeutungsvoll. Als vordergründige Anzeichen dieser Krise seien hier einige Stichworte angeführt:

- Die Stimmbeteiligung bei Wahlen und Abstimmungen nimmt stark ab. (Der Nationalrat vertritt nur noch die Hälfte des Stimmvolkes)
- Notwendige Reformen sind zum Scheitern verurteilt (Bodenrecht, Bildungs-, Konjunktur-, Finanzpolitik, Raumplanung, Mitbestimmung, Krankenversicherung)
- Die grossen traditionellen Parteien als Träger des Bundesrats sind nicht mehr imstande, "heisse" politische Grundsatzfragen anzugehen (Waffenausfuhr, Kernkraftwerke, Schwangerschaftsabbruch, Mieterschutz, Autobahnbau)

Die etablierten Politiker spüren die Auswirkungen dieser Krise, aber fassen sie zumeist nur als Bedrohung oder als persönliche Beleidigung auf. (Ich opfere so viel Arbeit und Zeit für die Allgemeinheit und ernte nichts als Undank!) Ihre Reaktion ist deshalb Abwehr. Die kleinen Parteien und Gruppen, die mit neuen Ideen und Reformvorschlägen die politische Szene zu beleben versuchen, werden von ihnen nicht als Gesprächspartner willkommen geheissen, sondern als subversive Elemente verteufelt.

Den etablierten Politikern kommt das Desinteressieren breiter Volksschichten an ihrer Arbeit nicht ungelegen, erleichtert es doch das Ausjassen von Kuhhändeln und Gegengeschäften. Dies ist ein weiterer Grund, warum sie die Aktivität von neu auftretenden Parteien und Gruppen als Einmischung und Störung von Aussenseitern empfinden. Doch nicht genug mit der Abstempe- lung als Störenfriede, sie müssen gleich noch als Sündenbock für die politische Krise herhalten: Weil sie angeblich den Stimmbürger verwirren und mit ihren Volksinitiativen überfordern, zieht er sich mehr und mehr von der Politik zurück.

Entsprechend einfach ist die Lösung der etablierten Politiker! Den Aussenseitern den Brotkorb höher hängen, mit Entlassungen, Berufsverboten

und ähnlichen Schikanen, und ihnen gleichzeitig den Zugang zu den traditionell anerkannten und deshalb legalen Mitteln der Politik verwehren. Den Anfang bildet die Erschwerung von Volksinitiativen und Referenden mit Unterschriftenzahlerhöhung und Sammelzeitbeschränkung. Weitere Schritte werden folgen. Wer dann immer noch aufmuckst, ist schnell in die Illegalität abgedrängt und kann leicht als Krimineller oder gar als Umstürzler und Terrorist abqualifiziert werden.

Damit ist auch vorgesorgt, wenn sich wirtschaftliche und politische Krise verschärfen. Der Opposition sind dann vorsorglich die legalen Verteidigungs- und Kampfmittel entzogen, so dass sie ungehemmt mit der geballten Gewalt des staatlichen Machtapparats – mit Polizei und Militär – unterdrückt werden kann. Dass gerade jetzt eine "Sicherheitspolizei" auf die Beine gestellt werden soll, ist kein Zufall, sondern Bestandteil des umfassenden Angriffs auf die Volks- und Freiheitsrechte.

Als Hauptargument für die Erhöhung der Unterschriftenzahlen werden Bevölkerungswachstum, Frauenstimmrecht und "Initiativenflut" angeführt. Jedes für sich allein gesehen erscheint durchaus beachtenswert. Im Gesamtzusammenhang entlarven sie sich aber als billiger Vorwand.

Der Parlamentsmehrheit in Bern passt es nicht, dass immer mehr Fragen durch Volksinitiativen in die politische Diskussion eingebracht werden; da fragt sich der Bürger bald einmal, warum die Politiker diese Fragen nicht von sich aus aufgegriffen haben. Deshalb wollen die etablierten Politiker den Aussenseitern den Mund stopfen und zugleich von ihrer Schuld an der politischen Krise ablenken.

Das schwindende Interesse der Bürger an der institutionalisierten Politik hat bedeutend mehr zu tun mit der Vetterliwirtschaft, Konkordanzpolitik (wo alles Wesentliche hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wird) und mit der Bundesratszusammensetzung nach Zauberformel (wegen der die eidgenössischen Wahlen keinen Einfluss auf Politik und Zusammensetzung des Bundesrats haben!) als mit der Zahl von Volksinitiativen.

Bei diesen Fragen hat die Ueberwindung der politischen Krise anzusetzen. Der Angriff auf die Volksrechte dagegen ist Ablenkungsmanöver und kann zur Verschärfung der Krise führen. Aufgabe der Politik ist es aber, Probleme zu lösen, nicht sie anzuheizen. Deshalb gilt es am 25. September zur Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Volksinitiativen und Referenda: Nein zu sagen!